



Leitl gibt Politik schlechtes Zeugnis „Die Inkompetenz ist erschreckend“

LINZ. Christoph Leitl, der Präsident der Bundeswirtschaftskammer, will Österreich erneuern, nicht besteuern. Die Politik bleibe Lösungen schuldig.

VON JOSEF LEHNER

OÖN: Österreich geht in die Ferien. Hat es sich die schon verdient?

LEITL: Die Schüler schon. Über die Länge der Ferien könnte man aber reden. Sinnvolle wäre, sie Anfang September zu beenden und eine Woche Herbstferien einzuführen.

OÖN: Und die Politik, hat sie sich Ferien verdient?

LEITL: Wenn die Ferienzeit genutzt wird, um in Ruhe nachzudenken, was zu tun ist, dann begrüße ich, dass für die Politik rasch Ferien kommen. Die Politik leidet unter Kompetenz- und Vertrauensverlust. Das wird in schwierigeren Zeiten besonders offensichtlich. Da ist Präsident Obamas bedingungslose Kapitulation vor den Finanzhaien, die Unfähigkeit auf dem G20-Gipfel, konkrete Schritte zu setzen, die wir für weltweite Stabilität brauchen; die Unfähigkeit der EU, die Einheit zu leben, und auch die Unfähigkeit auf nationaler Ebene, einen Pakt für Österreich zustande zu bringen, wie ihn Professor Aiginger vom Wifo genannt hat. Bund, Länder und Sozialpartner müssen in dem Paket Struktur- und Effizienzverbesserungen erreichen, statt Steuern und Abgaben für die Bürger zu erhöhen. Diese Inkompetenz ist erschreckend. Daher täte eine Ruhepause ganz gut, zum Nachdenken, was besser zu machen ist.

OÖN: voestalpine-Vorstand Claus Raidl hat in der vergangenen Woche eine Nulllohnrunde für Beamte und Pensionisten, ausgenommen Mindestpensionen, vorgeschlagen.

LEITL: Von Einzelvorschlägen, die aus dem Zusammenhang gerissen sind, halte ich nichts, weil ich weiß, wie sie enden werden - wie das Hornberger Schießen, im Nichts. Wir brauchen einen Pakt, ein umfassendes Erneuerungskonzept für Österreich. Mein Motto ist: Erneuern statt besteuern. Wer besteuert, schöpft Kauf-



kraft ab, nimmt dem Wirtschaftsaufschwung die Kraft. Die EU und Österreich sind beim Wirtschaftswachstum weltweit schon an letzter Stelle. Daher muss das Wachstum beschleunigt werden, weil es die beste Möglichkeit ist, die Staatshaushalte wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Wir brauchen eine Spirale nach oben: weniger Arbeitslose, mehr Steuereinnahmen.

OÖN: Aber es geht auch um unterschiedenes Sparen der öffentlichen Haushalte?

LEITL: Um sinnvolles Sparen. Unsinniges Sparen ist, Bildung und Forschung zu reduzieren oder in den Gemeinden die Investitionen. Das bereitet mir große Sorgen, weil die Gemeinden zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen tätigen. Da herrscht jetzt Riesenfrust. Wenn die nicht mehr investieren, wird die öffentliche Hand zur Konjunktur- und Beschäftigungsbremse. Gespart werden muss mit besseren Abläufen in der Verwaltung, im Zusammenwirken von Bund und Ländern. Die bürokratischen Fettpolster gehören aus Bildungs- und Gesundheitswesen raus. Das Krankenhauswesen gehört koordiniert. Pfuscher und Schwarzarbeit gehören be-

kämpft. Da muss die Politik Mut und Handlungsfähigkeit beweisen. Da wird die Schlacht entschieden.

OÖN: Die Politik hat alle Reformen bis nach den Herbstwahlen aufgeschoben. Ist das richtig, wenn es dann Monate oder Jahre dauert, bis zwischen den Interessensblöcken Maßnahmen ausgehandelt sind?

LEITL: Es ist richtig, wenn intensiv vorgearbeitet wird, dass man im Herbst die Lösungsansätze umsetzen kann.

OÖN: Gibt es schon solche Lösungsansätze?

LEITL: Nein. Es gibt Arbeitsgruppen, Ideen. Die sind erst in einer Phase, die mir zu wenig ambitioniert ist. Wenn man sich über die Ziele einig ist und bei den Abläufen alle beteiligt, lassen sich aber in zwei bis drei Jahren konkrete Ergebnisse und sinnvolle Einsparungen erzielen. Dazu habe ich mit

„Das ist unsinniges Sparen und bereitet mir große Sorgen: Wenn die Gemeinden nicht mehr investieren, wird die öffentliche Hand zur Konjunktur- und Beschäftigungsbremse.“

Hannes Androsch und Wifo-Chef Aiginger eine Initiative gestartet.

OÖN: Mäßiges Wachstum, unsichere Staats- und Bankfinanzen - wir sind noch nicht durch die Krise?

LEITL: Die Finanzkrise ist längst nicht ausgestanden, und das beeinflusst die Realwirtschaft. Die ist gut unterwegs. Europa muss jetzt zusammenrücken, zumindest die Euro-Zone. Eine gemeinsame Währung verlangt nach koordinierter Wirtschafts- und Haushaltspolitik. Für die Finanzmärkte sind neue Spielregeln dringend nötig, weil das Volumen der Geldflüsse hundert Mal höher ist als das der Handelsbewegungen. Wenn wir keine Spielregeln machen, haben wir nichts aus der Krise gelernt, und wir werden sie wiederholt bekommen. Wenn die Politik nicht fähig ist, die Konsequenzen aus der Krise zu ziehen, international und auf heimischer Ebene, wird das Vertrauen in unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem und schlussendlich in die Demokratie erschüttert. Die Geschichte hat bewiesen, dass sich eine Herrschaftsform überlebt, wenn sie nicht imstande ist, Probleme zu erkennen und zu lösen.